

STREITERIN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Mariela Morales Antoniazzi hat Korruption in Lateinamerika bekämpft und Bürgerinnen und Bürger in Bewegung gesetzt. Heute erforscht die in Venezuela geborene Juristin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg, warum Menschenrechte die Voraussetzung jeder Demokratie sind – und wie man sie verteidigt.

50

TEXT: MARTIN TSCHECHNE

„Sie können natürlich verzweifeln“, sagt Mariela Morales Antoniazzi. „Aber wem hilft das weiter?“ Am Amazonas brennt der Regenwald. Es geht um Weideland und Anbauflächen für eine über alles Maß hinaus wuchernde Agrarindustrie. Die Areale sind so riesig, dass sie auf Satellitenfotos aus dem Weltall zu erkennen sind. In Argentinien werden Frauen zu Opfern des Machismo. Alle 30 Stunden melden die Behörden einen Mord; der Täter ist nahezu immer ein Liebhaber oder der Ehemann. In Mexiko erinnern Demonstrationen an die 43 Studenten, die vor sechs Jahren in der Stadt Iguala spurlos verschwunden sind. Sie waren nicht die Einzigen, und sie werden nicht die Letzten gewesen sein. Das Land sei „ein einziges Massengrab“, zitiert die *Zeit* eine Beobachterin. Wie viele Menschen bis heute verschleppt und ermordet worden sind, das weiß niemand. Schätzungen gehen an die 60 000.

Menschenrechte? Eine Chance auf Bildung und Wohlstand, auf Gesundheit, Teilhabe, Presse-

freiheit? „Man könnte verzweifeln“, sagt die Juristin noch einmal. Aber Resignation entspräche nun wirklich nicht ihrem Temperament.

In Chile setzt die Polizei Schusswaffen gegen Demonstranten ein. Bevorzugtes Ziel der Carabineros sind die Augen. In Brasilien spielt Präsident Jair M. Bolsonaro die Gefahr von Corona herunter, leichtfertig und zynisch. Das M. in seinem Namen steht für „Messias“, doch die Bewohner der dicht bevölkerten Slums von Rio de Janeiro, der Favelas, haben gegen die Pandemie keine Chance. In Venezuela ringen zwei Männer um den Posten des Präsidenten: Machthaber Nicolás Maduro und Oppositionsführer Juan Guaidó, der von rund 50 Staaten offiziell anerkannt wird, darunter die USA und die Mehrheit der EU-Länder. Venezuela stand einmal auf Platz fünf der Erdölexporture. Heute taumelt es dem Ruin entgegen; das Volk hungert. Fünf Millionen Menschen sind schon geflohen. Die meisten in die Nachbarländer, wo es ihnen als Migranten auch nicht besser geht.

—>

BESUCH BEI

MARIELA MORALES
ANTONIAZZI



FOTO: KATHARINA DUBNO

51

Juristin mit Temperament: Mariela Morales Antoniazzi hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit ihrer Forschung die Lebensbedingungen der Menschen in Lateinamerika zu verbessern.

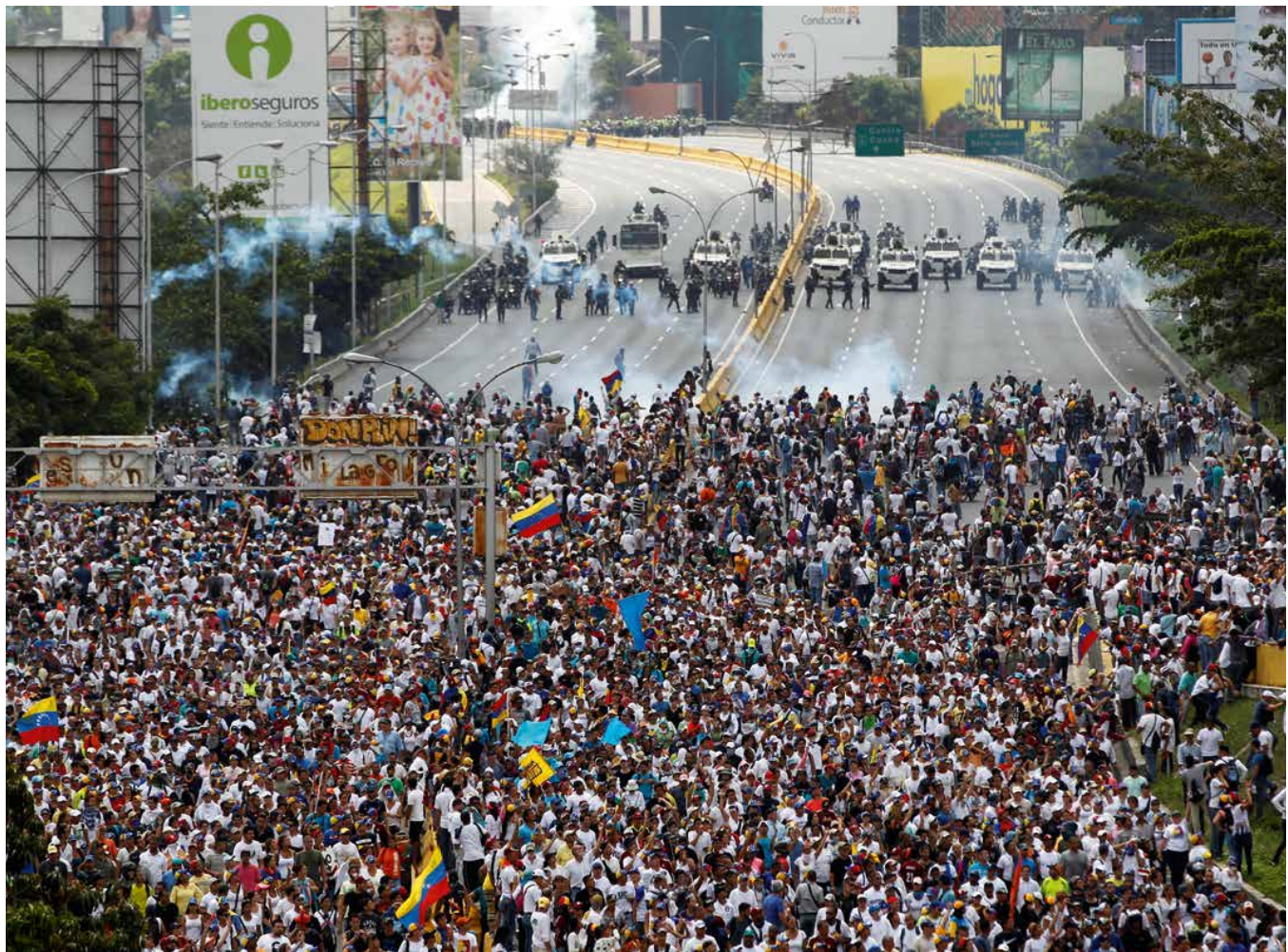


FOTO: REUTERS / CHRISTIAN VERON

52

Proteste in Caracas: Nachdem der venezolanische Präsident Nicolás Maduro im März 2017 das Parlament entmachtet hatte, demonstrierten Zehntausende Venezolaner gegen eine drohende Diktatur. Der Staat reagierte mit Repressalien.

Mariela Morales klopft zum Stakkato ihrer Klagen mit dem Finger auf die Tischkante. Kolumbien, Honduras, Nicaragua. Venezuela ist ihr Heimatland. Sie hat dort studiert, war politisch aktiv, hat Karriere gemacht. Mit der Polizei hat sie sich angelegt, um die böse Routine der Korruption zu stören – ganz einfach indem sie GPS-Navigation in die Streifenwagen einbauen ließ. Von da an wusste der Beamte in der Zentrale immer, wo seine Wachleute ihre Kreise zogen, wo sie stehen blieben und vielleicht an eine Hintertür klopfen. Sie hat harte Kerle in Uniform unter den Augen von Psychologen malen lassen, was ihnen bei der Arbeit auf der Seele liegt. Sie spricht live im Internet vor 6000 Studierenden in Mexiko, verbreitet ihre Seminare zum Menschenrechtssystem der Organisation Amerikanischer Staaten online und bringt Bücher heraus – 24 sind es bis heute, in denen sie Lateinamerika zu einem Notstandsgebiet der politischen Moral erklärt. Eine ganze

Region zugrunde gerichtet durch Diktatur und Hyperpräsidentialismus, durch Misswirtschaft, Drogenhandel und Bürgerkrieg.

Ein Thema für die Wissenschaft? „Absolut“, sagt sie. „Dringend sogar!“ Sie selbst hat einen langen Anlauf genommen: war Innenministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin des Bundesstaats Aragua, Polizeichefin, Lehrbeauftragte an der Katholischen Universität Andrés Bello und an der Zentralen Universität Venezuela in der Hauptstadt Caracas, Gründerin einer Bürgerbewegung für den Wandel im Land, Beraterin der Regierung, Kämpferin und Koordinatorin. Doch für so viel Entschlossenheit und beinahe trotzigem Mut tritt Mariela Morales erstaunlich gewinnend auf, offen und charmant. Ein sonnenblumengelbes Jäckchen, eine Schmetterlingsbrille im Retrolook; den Tisch im Konferenzraum des Heidelberger Max Planck-Instituts für

ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht hat sie mit Blumen und Deckchen dekoriert und einen Flan aus der eigenen Küche daraufgestellt. „Mit Kokosmilch“, erläutert sie und strahlt. „Darin unterscheidet sich der lateinamerikanische Eierpudding von seiner spanischen Variante. Müssen Sie probieren!“

Sie hat es erlebt, immer wieder, dass dieser Teufelskreis aus Machtgier und Korruption sich aufbrechen lässt. Den Fall Velásquez Rodríguez gegen Honduras zitiert sie, Menschenraub und Mord durch ein korruptes Regime, und zählt weiter auf: Karen Atala vs. Chile, Maria da Penha vs. Brasilien, González und andere vs. Mexiko. Die Liste wird lang, und jeder Name erzählt die Geschichte einer erfolgreichen Auflehnung: gegen die Misshandlung und Ermordung von Frauen, gegen die Ausbeutung indigener Gruppen, die Zerstörung der Natur, die Diskriminierung von Homosexuellen, Afroamerikanern, Migranten oder Journalisten. Gegen die verbreitete Praxis, Menschen zu entführen und zu töten, gegen die Rechtlosigkeit

cherheit war eine Botschaft an das Volk, vielleicht auch ein Experiment. Mag sein, dass die Verantwortung für Polizei, Zivilschutz und Feuerwehr doch ein bisschen plötzlich kam. Nach zwei Wochen im Amt wollte Mariela Morales aufgeben: „Sie brauchen eine Politikerin“, habe sie ihrem Chef entgegengeschleudert, „aber keine Professorin!“ Die alten Kader übrigens, ihre Gegner, sahen es ganz ähnlich.

Sie blieb dann doch. Erkannte ihre Chance und packte an. Ließ also Ortungssysteme in Polizeiautos bauen, strich den Beamten lukrative Nebenjobs als Sicherheitsberater und kümmerte sich um besser ausgebildetes Personal. Geld gab es genug; die staatliche Ölförderung ließ es sprudeln. Widerstand brach sie auf durch freundliches Entgegenkommen. Keine Zeit heute? Dann eben morgen, jederzeit! Die föderale Ordnung ihres Landes kam ihr entgegen. „Die Macht war da, wo sie Veränderung bewirken konnte“, sagt sie, „dezentral. Und genau das wollten wir ja: etwas verändern! Transformation.“

„Es gibt eine große Diskrepanz zwischen den Verfassungstexten und dem, was in der Praxis umgesetzt wird.“

obdachloser Kinder, die Unterdrückung missliebiger Richter. „Da geht etwas“, fasst sie zusammen. „Immer! Denken Sie an Alberto Fujimori.“ Sie triumphiert. Dem Präsidenten von Peru wurden Wahlfälschung und Korruption vorgeworfen, der Einsatz von Todesschwadronen und Mord. Er musste sich vor Gericht verantworten. Heute sitzt er für seine Verbrechen im Gefängnis.

Mariela Morales Antoniazzi, Jahrgang 1962, hat in Caracas Rechtswissenschaften studiert. Die Positionen der katholischen Befreiungstheologie zu Menschenrechten und Gerechtigkeit bestimmten den Diskurs. Als Carlos Tablante, damals Ministerpräsident von Aragua, sie in sein Kabinett rief, war sie 31, eine junge Dozentin, verheiratet, zwei kleine Kinder, engagiert, gebildet und voller Ideale. Ihre Berufung zur Ministerin für Innere Si-

1996 endete nach zwei Amtsperioden die Regierungszeit von Carlos Tablante. Mariela Morales blieb noch für ein paar Monate im Amt – aber damals fing sie damit an, den Diskurs über Werte wie Pluralität und Rechtsstaatlichkeit in anderen Foren voranzutreiben. Sie gründete eine Nichtregierungsorganisation, veranstaltete öffentliche Seminare zum Thema Demokratie und entdeckte das Interamerikanische System zum Schutz der Menschenrechte: Kommission und Gerichtshof – das waren machtvolle Instrumente, um das Elend der Bevölkerung zwischen Mexiko und Patagonien in konkreten Einzelfällen zu erfassen und zu publizieren, um Recht zu sprechen auf der Basis völkerrechtlicher Verträge und darüber politische Veränderung herbeizuführen. Menschenrechtspolitik, gestützt auf Zeugenaussagen, Analysen und mehr als 360 Gerichtsurteile. Die Juristin wird nicht

—>

müde, daraus zu zitieren. Claude Reyes in Chile, Barrios Altos in Peru, Sarayaku in Ecuador ...

Als Hugo Chávez sich um das Amt des venezolanischen Staatspräsidenten bewarb, um seine Idee vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts umzusetzen, war sie skeptisch: „Ein Militär, der ein paar Jahre zuvor noch einen gewaltsamen Putsch versucht hatte, der kann nicht wirklich demokratisch regieren.“ Nach Deutschland kam Mariela Morales mit ihrer Familie am 30. September 1998. Ein Stipendium des DAAD bot ihr die Chance, nach Jahren in einem politischen Amt und als Aktivistin nun doch noch zu promovieren. Es ist ihr wichtig, das genaue Datum zu nennen. Drei Tage später, sagt sie, habe sie den Tag der deutschen Einheit miterlebt und sei beeindruckt gewesen. Eine Demokratie, die Anlass hat, sich selbst zu feiern. Hugo Chávez kam erst am 6. Dezember ins Amt, gut zwei Monate nach ihrer Ausreise „Ich habe ihn also nicht gewählt“, unterstreicht Mariela Morales. Hätte sie auch nicht getan. Aber dass sie mit ihren Befürchtungen recht haben sollte, dass sie nicht mehr nach Venezuela zurückkehren konnte: Das wusste sie damals noch nicht.

Denn war nicht Hugo Chávez als strahlender Reformers willkommen geheißen worden? „No!“, widerspricht sie entrüstet: „Das war er nicht!“ Demnach wäre Nicolás Maduro, sein Nachfolger, ebenfalls ein Diktator? „Eindeutig: sí!“ Nun aber kommt Juan Guaidó und will das Land vom Tyrannen befreien; mehr als 50 Länder, darunter Deutschland, unterstützen ihn – doch er sucht vor allem den Schulterchluss mit Donald Trump, dem Hegemon, ausgerechnet. Es ist nicht leicht, die Wege und Absichten dieser Politik zu begreifen. „Sie kapierten es nicht?“, fragt Morales scharf. „Ich auch nicht! Wir haben vor einem Jahr, gleich nach Guaidós internationaler Anerkennung, in Berlin ein Kolloquium zur politischen Situation des Landes veranstaltet. Es geht um die Garantie der Menschenrechte. Allein daraus entwickelt sich meine Analyse. Und ich muss dazu betonen, dass die Opposition es besonders schwer hat. Weil jetzt eine Diktatur installiert ist, die andere Formen hat als in der Vergangenheit. Das ist ein Unterschied. Aber es bleibt eine Diktatur.“

Umso wichtiger die Rolle der übernationalen Instanzen. Die effektive Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen, regional und international. Umso wichtiger auch die ständige

Rückkopplung mit staatlichen Institutionen, etwa den Verfassungsorganen oder Gerichten. „Das Demokratieprinzip ist in Südamerika mittlerweile fest verankert“, schreibt Morales im ersten Satz ihrer Dissertation, 2013. Doch sie konstatiert auch, sechs Jahre später, in einem Artikel, den sie gemeinsam mit Armin von Bogdandy publiziert hat, dem Direktor des Instituts in Heidelberg: „Die Lebenssituation vieler Menschen in Lateinamerika ist inakzeptabel.“

Ein Widerspruch? „Nur auf den ersten Blick“, sagt die Wissenschaftlerin. Genau da liege das Problem. Und sie beginnt, den Begriff des transformativen Konstitutionalismus zu erläutern, den sie und ihre Kollegen als Ziel ihrer Arbeit verstehen: „Die Verfassungen sind Texte, die unsere Rechte festlegen. Allerdings gibt es eine große Diskrepanz zwischen dem, was sie regeln, und dem, was in der Praxis davon umgesetzt wird. Das Versprechen bezieht sich vor allem auf Gleichheit – aber wir sind die ungleichste Region der Welt!“ Wo die Realität so weit von den Normen der Verfassung abweicht, wird der soziale Wandel zum Gebot. Hier öffnet sich das Feld ihrer wissenschaftlichen Erkundungen.

Denn das Demokratieprinzip in der Region hat eine lange Geschichte. Sie beginnt mit der Unabhängigkeit, noch im 19. Jahrhundert. Damals standen die Länder Südamerikas vor einem Neubeginn. Sie gaben sich Verfassungen, sehr fortschrittlich und optimistisch. Auch Demokratie und Menschenrechte wurden darin festgeschrieben, ökonomische und soziale Grundrechte. Als die europäischen Staaten viel später folgten, fanden sie in diesen Prinzipien eine willkommene Vorlage. Und auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948 durch die Vereinten Nationen konnte auf den Grundsätzen der im Jahr 1910 gegründeten Panamerikanischen Union aufbauen – bis alles verschwand, zerschlagen wurde, sich auflöste in der Raserei der Militärdiktaturen von Argentinien und Chile, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Nicaragua oder Peru.

Was aber blieb, anders als in anderen Regionen der Welt, waren ein Bewusstsein und eine politische Kultur, waren internationale Verbindungen, hellwache Protestbewegungen und eingespielte, professionell arbeitende Institutionen wie das Interamerikanische Menschenrechtssystem. „Was wir anstreben“, sagt Mariela Morales also entschlossen, „ist eine expansive Garantie der Gewaltenteilung, ist Unabhängigkeit der Justiz, eine

—>

Charmant, aber hartnäckig:
Als Ministerin für Innere
Sicherheit im venezolanischen
Bundesstaat Aragua vereitelte
Mariela Morales Mitte der
1990er-Jahre Korruption in der
Polizei. Heute beobachtet
die Juristin von Heidelberg aus
die Entwicklungen in ihrem
Geburtsland mit Sorge.



55



FOTOS: KATHARINA DUBNO

Garantie der Menschenrechte. Das bezieht sich auf Wahlen, auf Meinungs- und Bewegungsfreiheit, vor allem aber auf Gesundheit, Bildung und Arbeit.“

Manchmal freilich schnürt es ihr die Kehle zu, wenn sie aus ihrer Heimat hört, wie weit die Wirklichkeit dort von alledem entfernt ist. Manchmal auch erfasst sie heiliger Zorn. Mehr als 400 Juristen und Wissenschaftlerinnen in ganz Lateinamerika gehören zum Netzwerk ihres Projekts Ius Constitutionale Commune en América Latina, alle sind verbunden mit Bürgerbewegungen und Organisationen ihrer Regionen. 211 Kolloquien hat Mariela Morales von Heidelberg aus organisiert; die Kommunikationsforen des Internets – Zoomkonferenzen, Skypegespräche, Webinare – betrachtet sie als einen Segen. Nie zuvor war es ihr so leicht, so viele Menschen zu erreichen und ins Gespräch zu bringen, ihre Berichte zu bündeln und daraus Strategien und wissenschaftliche Konzepte zu entwickeln.

Aber nie auch war es so dringlich. Corona ist eine Seuche, die zuerst und besonders schlimm die Armen befällt – 30 Prozent der Bevölkerung Lateinamerikas gehören dazu, 11 Prozent sind von

extremer Armut betroffen, 53 Prozent arbeiten ohne festen Vertrag. Alte, Frauen und Kinder sind der Bedrohung in besonderem Maße ausgesetzt, Flüchtlinge, Randgruppen, die Bewohner der Slums, Mitarbeitende des Gesundheitssystems. „Das Virus diskriminiert nicht“, zitiert Morales ein Memorandum der Weltgesundheitsorganisation WHO, „aber die Auswirkungen unterscheiden sich sehr. Wenn gar eine Gruppe von Indigenen betroffen wird, sterben sie alle.“

Für die Politik bietet die Seuche oft Anlass, grundlegende Rechte einzuschränken, quasi im Handstreich. „Da müssen wir wachsam sein“, mahnt Morales: Welche Rechte werden beschnitten? Auf welcher Grundlage geschieht es? Für welchen Zeitraum? „Es geht um die Menschenrechte“, sagt sie. Medizinische Versorgung und der Zugang zu sauberem Wasser gehören unbedingt dazu, die Wahrung der Natur, aber auch Bildung, Arbeit, Meinungsfreiheit, politische Teilhabe und eine unabhängige Justiz.

„Und denken Sie nicht“, fügt sie noch hinzu, „dass wir hier allein über Corona und über Lateinamerika sprechen. Wir denken immer auch an Länder wie Polen oder Ungarn.“

56



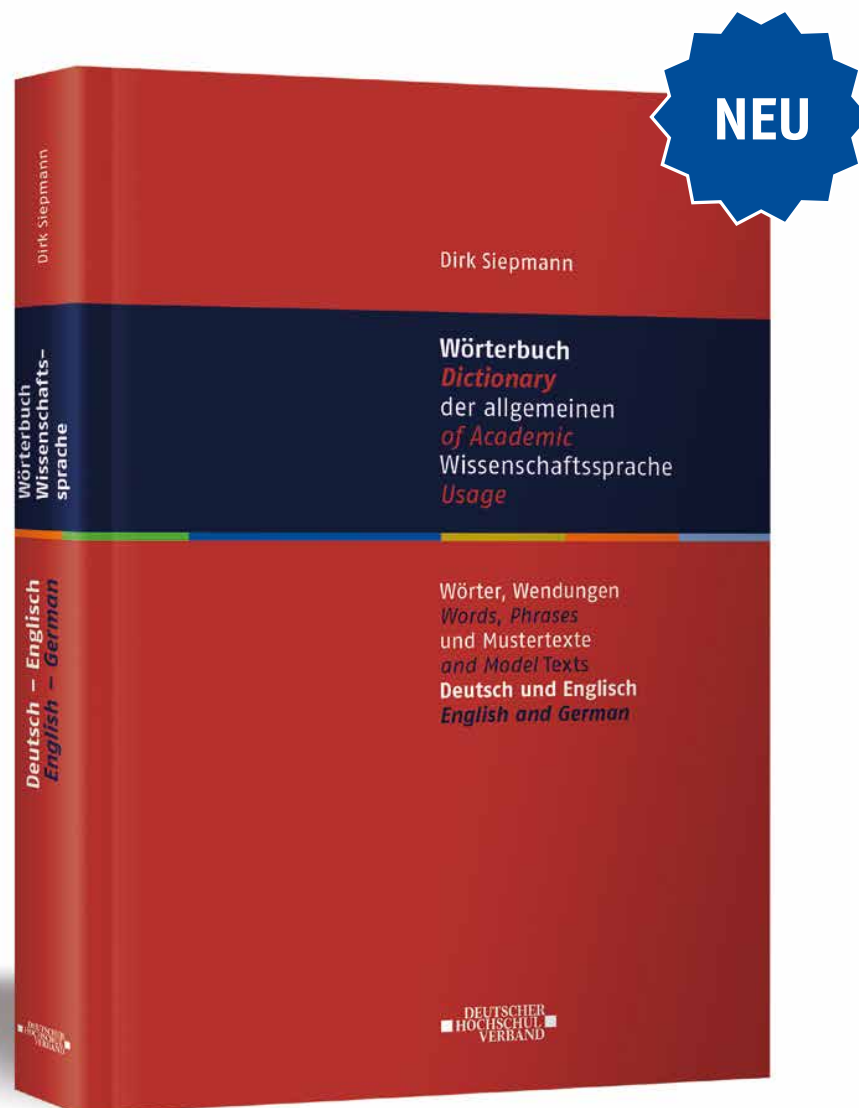
LATEINAMERIKAS ZIVILGESELLSCHAFT IN BEDRÄNGNIS

Die Organisation CIVICUS bewertet, ob Bürger von ihren Freiheiten im öffentlichen Raum Gebrauch machen können. Die Kategorie „Offenheit“ bemisst, inwieweit die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sowie die freie Meinungsäußerung in einem Land gewährleistet sind. Viele Staaten Lateinamerikas missachten diese Grundrechte.

GRAPHIK: GCO

Sie müssen auf Englisch schreiben oder vortragen? Sie fragen sich, wie deutsche Wendungen, z.B. „aus Platzgründen muss ... ausgeklammert werden“ oder „... sei zunächst angemerkt, dass ...“ korrekt und geschliffen ins Englische übertragen werden? Oder Sie suchen nach Formulierungsalternativen?

Das „**Wörterbuch der allgemeinen Wissenschaftssprache / Wörter, Wendungen und Mustertexte**“ von Dirk Siepmann bietet Ihnen in komprimierter Form zahlreiche griffige und direkt umsetzbare Beispiele.



Gebundene Ausgabe, 352 Seiten, 34,90 Euro (D) inkl. Porto, für DHV-Mitglieder zum Sonderpreis von 29,90 Euro inkl. Porto. **Zu bestellen über:** Deutscher Hochschulverband, Rheinallee 18-20, 53173 Bonn, Tel. 0228 9026666, Fax 0228 9026680 oder per Mail: dhv@hochschulverband.de

Dirk Siepmann ist Professor für Fachdidaktik des Englischen an der Universität Osnabrück. Er verfügt über eine jahrzehntelange Erfahrung in Fremdsprachendidaktik, Übersetzungswissenschaft und Lexikographie.